Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Reallschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 45 | Montag, den 15. Februar 1937 | Jahrgang 1937

Schuschnigg zu politischen Tagesfragen

Erklärungen zur Innen- und Außenpolitik. — Das Habsburger Problem. Die Frage der Aussöhnung der nationalen Opposition mit der Staatsführung.

Generalappell der Vaterländischen Front

DNB **Wien**, 14. Februar.

Im Haus der Bundesgesetzgebung fand am Sonntagvormittag zum dritten Male ein Generalappell der Vaterländischen Front statt, bei dem der Frontführer, Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, in einer zweistündigen Rede grundsätzliche Ausführungen zu allen inner- und außenpolitischen Fragen Oesterreichs machte. Die Bedeutung der Veranstaltung wurde durch die Anwesenheit der gesamten Bundesregierung, der Landeshauptleute und Statthalter, der Vertreter sämtlicher Berufsstände, zahlreicher Betriebsführer und vieler Mitglieder des diplomatischen Korps unterstrichen.

Nach Begrüßungsworten des Generalsekretärs der Vaterländischen Front, Staatssekretär Zernatto, nahm Bundeskanzler Dr. Schuschnigg das Wort. Er gab zunächst einen Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit, die durch den Ausbau der Handelsabmachungen, nicht zuletzt mit Deutschland, zu einem gesunden Optimismus berechtige. Dann skizzierte der Bundeskanzler die außenpolitischen Beziehungen des Landes zu den anderen Völkern, wobei er das besonders gute Verhältnis zu den Staaten der Römer Protokolle unterstrich.

Zum Abkommen vom 11. Juli mit dem Reich erklärte der Kanzler, daß dies Oesterreich mit Genugtuung erfülle. Es bedürfe keines Hinweises, daß die österreichische Regierung entschlossen sei, alles daran zu setzen, diese Beziehungen zu vertiefen. Mit großer Freude stelle überdies die österreichische Staatsführung die Uebereinstimmung mit der Auffassung des Kanzlers des Deutschen Reiches hinsichtlich der notwendigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raume fest.

Bei aller staatlichen Souveränität fühlten sich die Oesterreicher als gerade, echte Deutsche. Zwischen Wien und Prag, ebenso wie Belgrad, bestänben keinerlei Differenzen. Mit Frankreich und England würden freundschaftliche Beziehungen unterhalten, besonders auf kulturellem Gebiet.

In den Mittelpunkt der innerpolitischen Betrachtungen stellte Dr. Schuschnigg die Frage der Restauration sowie das Problem der Befriedung des Landes. Angesichts der verschiedenen Deutungen, die das Habsburger Problem gerade auch in letzter Zeit im Ausland erfahren habe, formulierte Dr. Schuschnigg die Haltung der österreichischen Staatsführung folgendermaßen:

1. Das Wecken und Wachhalten der Ehrfurcht vor den großen geschichtlichen Werken typischer österreichischer Tradition ist im Geiste der Front gelegen.

2. Die Frage der Staatsform in Oesterreich wird einzig und allein und ausschließlich vom Volk Oesterreich entschieden, und zwar auf dem Boden der Verfassung.

3. Es wird nicht experimentiert. Die monarchistische Propaganda hat sich in den inner- und außenpolitischen Rahmen des heutigen Oesterreich einzufügen. Das österreichische Volk im gegebenen Falle zur Entscheidung zu rufen, ist ausschließlich Sache der Führung von Staat und Volk.

Diese Richtlinien lägen nicht nur im Interesse des Landes und des Volkes, sondern auch des Hauses Oesterreich.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Bundeskanzler kurz der kommunistischen Propaganda zu, die, wie er feststellte, ausschließlich von landfremden Elementen ins Volk hineingetragen werde, denen man aber schonungslos die Maske vom Gesicht reißen werde.

Breiten Raum widmete Dr. Schuschnigg dann der Frage der Aussöhnung der nationalen Opposition mit der Staatsführung. In diesem Zusammenhang erklärte der Bundeskanzler zu den Plänen eines vereinsmäßigen Zusammenschlusses aller nationalen Elemente, daß man auf Regierungsseite angesichts der unruhigen Zeitläufte es für unzweckmäßig halte, diesen Gedankengängen Raum zu geben. Allein die Tatsache, daß viele Persönlichkeiten mit klangvollen Namen, die den Vereinsvorschlag mit unterzeichnet hätten, hohe Stellen im Rahmen der Vaterländischen Front innehätten, sei,

ein Beweis für die Bereitwilligkeit der verantwortlichen Stellen zur restlosen Aussöhnung mit den früheren weltanschaulichen Gegnern. Eine solche aber könne und dürfe nur auf dem Boden der Vaterländischen Front erfolgen, bei der besondere der Befriedigung mit den Nationalsozialisten dienende Referate geschaffen werden sollten.

Auch für den österreichischen Nationalsozialisten, erklärte Dr. Schuschnigg mit Nachdruck, habe als oberster Grundsatz zu gelten: Das Bekenntnis zur Realität und Selbständigkeit des österreichischen Vaterlandes, die Anerkennung der Mai-Verfassung von 1934 und der Verzicht jeder politischen Tätigkeit außerhalb der Vaterländischen Front. Weitere Versuche, zur Ordnung zu rufen, würden nicht gemacht. Wer illegal sein wolle, müsse damit auch das unweigerliche Risiko der legalen Folgen auf sich nehmen.

In diesem Zusammenhang gab der Bundeskanzler Zahlenmaterial über das Ausmaß der politischen Amnestie bekannt. Danach wurden nach dem 11. Juli 16 350 Personen begnadigt. Am 1. Februar befanden sich noch 1162 Personen in Strafhaft, davon 725 Nationalsozialisten. Von diesen wiederum wurden 574 nach dem 11. Juli von den Gerichten abgeurteilt.

Elsaß-Lothringen in der Abwehr.

Die Parlamentarier und Generalräte gegen die Schulreform der Volksfront.

DNB **Paris**, 14. Februar.

Die Parlamentarier und Generalräte von Elsaß-Lothringen haben am Sonnabend in einer Sitzung energisch gegen die von der Volksfront-Regierung durch Gesetzeserlaß beabsichtigte Schulreform protestiert. Diese sieht bekanntlich die Verlängerung der Schulpflicht in Elsaß-Lothringen für die Knaben um ein weiteres Jahr auf neun Jahre oder aber den Verzicht der elsaß-lothringischen Bevölkerung auf das jetzige Schulregime mit Zweisprachigkeit und Religionsunterricht vor. Es wurde von den Parlamentariern und Generalräten einstimmig eine Entschließung angenommen, daß die von der Regierung Blum aufgezwungene Reform unannehmbar sei. Eine Beruhigung der Oeffentlichkeit könne nur eintreten, wenn die Durchführung des Gesetzes vorläufig hinausgeschoben werde, um die ganze Frage noch einmal zu überprüfen. Die elsaß-lothringischen Parlamentarier und Generalräte weigern sich außerdem, die Sprachenfrage und religiöse Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Sie erinnern in diesem Zusammenhang an die feierlichen Versprechungen, die Frankreich gemacht habe, und die dem ausdrücklichen Willen und der inneren Ueberzeugung der elsaß-lothringischen Bevölkerung entsprechen. Sie sind entschlossen, so heißt es weiter, für die Beibehaltung ihrer Rechte und Interessen zu kämpfen. Ungeachtet der politischen Meinung jedes einzelnen werden sie unter sich die enge Zusammenarbeit fortsetzen, um gemeinsam gegen eine gemeinsame Gefahr zu kämpfen.

Diese Entschließung der elsaß-lothringischen Parlamentarier und Generalräte ist von großer Bedeutung, da sie wirklich als die Wiedergabe der Meinung der gesamten Bevölkerung der beiden Provinzen angesehen werden kann. Auf der Sitzung fehlten nur zwei Abgeordnete.

Nationaler Geländegewinn im Süden und vor Madrid.

Blutiger Einzelkampf in einem Oelbaumhain.

Vom Sonderberichterstatter des DNB.

DNB **Salamanca**, 14. Februar.

Im Jarama-Abschnitt setzte am Sonnabend die Abteilung des Obersten Burruaga den Vormarsch fort. Von dem am Sonnabend eroberten Ventorro de Pajares drang die Abteilung in den Oelbaumhain, der ausgezeichnete Deckungen bot.

Der feindliche Widerstand war außerordentlich groß, da die bolschewistischen Söldlinge jeden einzelnen Baum verteidigten. Es entspann sich ein erbitterter Nahkampf mit Messern und Handgranaten. Nachdem die Nationaltruppen zwei bedeutende Schläge des Hains erobert hatten, gaben die Bolschewisten ihre Stellungen auf und flüchteten.

Wie festgestellt werden konnte, befand sich während des Angriffes auf Vacia Madrid hinter der ersten bolschewistischen Linie eine zweite Linie, die mit Elementen der sogenannten internationalen Kolonne besetzt war, um etwaige Flüchtlinge der ersten Linie mit Knuten zurückzutreiben oder zu erschießen. Sogar Maschinengewehre waren im Rücken der Bolschewisten aufgestellt worden zu dem offensichtlichen Zweck, die eigenen Leute, deren man eben nicht mehr sicher ist, am Zurückweichen zu hindern. Erneute bolschewistische Tankangriffe blieben wiederum ohne Erfolg.

Im Abschnitt Carabanchel und Usera versuchten die Bolschewisten einen Gegenangriff, wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

An der Südfront setzten die nationalen Truppepn ebenfalls ihren Vormarsch in Richtung auf Almeria fort, nachdem die Straße Granada-Motril gründlich gesäubert worden war.

Laut Angaben der nationalen Sender befinden sich die Nationaltruppen bereits 50 km östlich von Motril bei Adra. Daraus geht die außerordentliche Schnelligkeit des nationalen Vormarsches im Süden hervor.

In Ausnutzung des guten Wetters entwickelte auch die nationale Luftwaffe an allen Fronten eine lebhafte Tätigkeit. An der Südfront wurden erneu die feindlichen Stellungen bei Almeria sowie die Häfen von Adra und Berja mit Bomben belegt. An der Front von Madrid und im Abschnitt von Aranjuez wurden die bolschewistischen Stellungen ebenfalls bombardiert.

Die Tätigkeit der Luftwaffe wird rege unterstützt von der Marine, die eine ganze Reihe bolschewistischer Häfen an der Mittelmeerküste, wie beispielsweise Valencia, Cullera (etwa 35 km südlich Valencias), Gandia und Sagunto, beschossen.

Angesichts der Bedrohung von der Wasserseite her versucht die Regierung von Valencia die Küstenartillerie zu verbessern und die Hafenanlagen zu befestigen.

In seiner üblichen Abendansprache gab General Queipo de Llano bekannt, daß die Straße von Malaga nach Almeria mit Kranken und Erschöpften besät sei, die von nationalen Sanitätern betreut und nach Malaga zurückgebracht werden. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Zivilisten aus Malaga, die auf Grund der bolschewistischen Greuelmärchen glaubten, Malaga noch vor der Eroberung durch die nationalen Truppen verlassen zu müssen. Auf ihrer überstürzten Flucht wurden sie jedoch von ihren bolschewistischen Peinigern hilflos in den Straßengräben zurückgelassen. Lediglich das Eingreifen der nationalen Sanitäter rettete sie vor einem qualvollen Tode.

Der offizielle Heeresbericht meldet, daß es bei der fünften, sechsten, achten und bei der Division von Avila ruhig gewesen sei. Die Division von Soria habe erfolgreich einen Gegenangriff der Bolschewisten zurückgeschlagen. Ebenso konnte die Madrider Division feindliche Angriffe an verschiedenen Stellen zurückschlagen.

Im Abschnitt westlich der Arganda-Brücke über den Jarama konnten die nationalen Truppen noch weiter vorrücken und wichtige Stellungen erobern.

Wie der Heeresbericht weiter vermerkt, melden sich in der gesamten Provinz Malaga große Mengen bolschewistischer Söldner zum Dienst im nationalen Heer. Der Zustand in der Provinz Malaga nach der bolschewistischen Gewaltherrschaft sei einfach niederschmetternd. Verschiedentlich wurden die Leichen verhungerter Frauen und Kinder gefunden.

Der Führer der Südarmee, General Queipo de Llano, gab dem Gauleiter der Falanga in Andalusien folgende für die innerpolitische Weiterentwicklung Spaniens bedeutsame Erklärung: Die spanische Falange sei die erste Mauer gegen den Ansturm des verbrecherischen Marxismus gewesen, eine Mauer, die durch die Armee ergänzt worden sei. Dadurch sei ein Deich gebildet worden, den der Marxismus nicht mehr werde durchbrechen können.

Die Falange müsse einst die Männer stellen, die als Bürgen der Sicherheit und Ordnung die Geschicke des Vaterlandes in dem Augenblick in die Hand nehmen könnten, in dem die Armee nach der Erfüllung ihrer Aufgabe in die Kasernen zurückkehre.



Schaffer-Mahlzeit in Bremen.

Nach jahrhundertealter Tradition fand am Freitag in Bremen im Hause der Seefahrt die historische Schaffer-Mahlzeit statt. Schaffer sind diejenigen, die das Essen, in der Seemannssprache „schaffen", anzurichten haben. Besondere Bedeutung erhielt die diesjährige Schaffer-Mahlzeit durch die Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller und des Staatssekretärs Reinhardt vom Reichsfinanzministerium. Nach dem Essen wurde die traditionelle lange Tonpfeife geraucht.

Die wichtigsten Sportereignisse.

Der Box-Länderkampf Deutschland—Polen endete mit dem 11:5-Sieg der deutschen Staffel.

In der Vorrunde um den Handball-Adlerschild siegten alle drei westdeutschen Gaue. In Altenstadt trug Westfalen einen 6:4-Sieg über Württemberg davon.

Deutscher und Heeres-Skimeister wurde der Schlesier Meergans vor Borgner.

Die Abfahrtsläufe in Chamonix gewannen Allais-Frankreich bei den Herren und Christl Cranz bei den Frauen.

Weltmeister im Kunstlaufen wurde in Wien Felix Kaspar-Oesterreich.

In Kopenhagen schlug im 200 m-Rückenschwimmen die Dänin Ragnhild Hveger die Olympia-Siegerin Nida Senff in Weltrekordzeit.

In Lichtenfeld schuf der deutsche Olympiasieger Manger im Gewichtsheben einen neuen Weltrekord.

Bilbao kündigt neue Priestermorde an.

DNB **Salamanca**, 14. Februar.

Wie der bolschewistische Sender Bilbao mitteilt, sind dort von den Milizen mehrere katholische Geistliche gefangen genommen worden, die sich bisher versteckt gehalten und jetzt versucht hatten, der roten Hölle zu entkommen. Unter den Priestern befinden sich zwei Brüder des Direktors der früheren bedeutenden Madrider Zeitung „El Debate". Der bolschewistische Sender teilt triumphierend mit, daß die Geistlichen zum Tode verurteilt werden würden.

Dieser Zwischenfall ist bezeichnend für die Einstellung der baskischen Scheinregierung, die sich zuzeiten gerne ein katholisches Mäntelchen aus propagandischen Gründen umhängen möchte, in Wirklichkeit aber sich durch nichts von den übrigen bolschewistischen Verbrechern unterscheidet.

Sprengstoffanschlag auf eine deutsche Versammlung in Polen.

DNB **Posen**, 14. Februar.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Donnerstag gegen eine Mitgliederversammlung der deutschen Vereinigung in Grodno bei Neutomischel ein Sprengstoffanschlag verübt. Wie verlautet, wurde bei diesem Anschlag Dynamit verwandt. Sämtliche Fensterscheiben des Versammlungsraumes gingen in Trümmer. Der Versammlungsteilnehmer bemächtigte sich eine Panik. Die Polizei fahndet nach den Tätern, von denen bisher jede Spur fehlt.

Feinde — Frontkämpfer — Kameraden.

Vor der Internationalen Frontkämpfertagung in Berlin.

Berlin, 14. Februar.

Wie bereits bekannt, tritt am 15. Februar in Berlin die Permanente Internationale Frontkämpfer-Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der Präsident der Vereinigung deutscher Frontkämpferverbände, NSKK.-Obergruppenführer Herzog von Coburg, äußerte sich einem Schriftleitungsmitglied der NSK. gegenüber zu diesem bedeutsamen Zusammentreffen der Delegierten fast aller Nationen, die am Weltkrieg teilgenommen haben. Mit dieser konstituierenden Sitzung sei man einem Ziele nähergekommen, das von deutscher Seite schon immer vertreten wurde, nämlich,

daß Zusammenschlüsse von Frontkämpfern über die Grenzen des eigenen Landes hinaus nur dann dem Frieden dienen können, wenn sie die ehemaligen Gegner aus den Schützengräben des Weltkrieges gemeinsam umfassen und nicht die durch den Krieg aufgerissenen Gegensätze künstlich aufrechterhalten. So werden diesem einzigartigen Vorgang mit wenigen Ausnahmen die Vertreter beider Lager aus dem Weltkrieg beiwohnen.

Sie werden durch Empfänge beim Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, bei Ministerpräsident Generaloberst Göring und bei Reichskriegsminister Generalfeldmarschall v. Blomberg Gelegenheit haben, die führenden Männer Deutschlands, die selbst im Krieg gestanden haben und nun ihre ganze Arbeit dem Frieden widmen, kennenzulernen. In den Arbeitstagungen des Kongresses werden Männer aus den verschiedensten Ländern in dem gemeinschaftlichen Willen vereint sein, als ehemalige Gegner der Welt ein Beispiel von Kameradschaft zu geben, die der Sicherung des Friedens und der Verständigung unter den Völkern dienen soll. Als Vertreter der am Krieg beteiligten Mächte, die keine eigenen Frontkämpferorganisationen besitzen und daher nicht an dem Kongreß teilnehmen können, werden die Militärattachés bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal Unter den Linden beteiligt sein.

★

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz" nimmt zu dem Frontkämpfertreffen in folgender Weise Stellung: Jahrelang ist das Gespenst der Idee von Siegern und Besiegten in der Welt lebendig gewesen und hat die Völker, die den Frieden lieben und den Krieg niemals gewollt haben, in Unruhe gehalten. Verständlicherweise haben die am Kriege beteiligten Länder in ihren eigenen Grenzen Frontkämpferorganisationen errichtet, in denen die Kameraden aus dem Schützengraben sich im Frieden der Heimat zusammenfanden. Niemals konnte und kann es aber Sinn und Aufgabe solcher Organisationen sein, den Gedanken des Krieges zu verewigen und damit eine ständige Feindschaft zwischen einzelnen Völkern heraufzubeschwören. Im Gegenteil müßten gerade diese Verbände einen wesentlichen Beitrag zur Befriedung der Welt leisten, weil sie die Schrecken des Krieges kennen und ihren Völkern nur den Frieden wünschen können. Die Frontkämpfer aller Mächte sind in getreuer Pflichterfüllung und im Dienste ihres Volkes in den Krieg gezogen. Es bestand für sie keinerlei Veranlassung, die feindlichen Fronten nach Beendigung des Weltkrieges weiterhin aufrechtzuerhalten und kaum geschlossene Wunden wieder aufzureißen. Die Achtung vor dem Gegner auf der anderen Seite hätte allein genügen müssen, um in Frontkämpferkreisen die politische und moralische Diffamierung der unterlegenen Partei unmöglich zu machen. Deutschland selber hat seinen Gegnern diese Achtung niemals versagt, mußte es aber in den Nachkriegsjahren erleben, daß politische Gründe die einmal vollzogene Scheidung in Besiegte und Sieger gewaltsam aufrechterhielten und damit dazu beitrugen, die primitivsten Lebensrechte des deutschen Volkes zu gefährden. Nachdem der Führer dem deutschen Volke seine Ehre und seine Gleichberechtigung wieder erkämpft hat, konnte es daher Deutschland um so wärmer begrüßen, daß der Vertreter eines Landes, das selbst gegen Deutschland im Kriege gestanden hat, in ritterlichem Entgegenkommen den von Deutschland schon immer angestrebten Weg zu einer neuen, über alle Grenzen und politischen Auffassungen hinwegreichenden Verständigung frei gemacht hat. Nach einer über Jahrzehnte hinwegreichenden Verwirrung der Begriffe wird es für die Völker ein Gefühl der freudigen Genugtuung sein, jenes alte Mißtrauen und jene alte Feindschaft durch die Basis ehrlicher Kameradschaft unter den Männern von der Front und durch eine absolute moralische Gleichberechtigung aller ehemaligen Kriegsteilnehmer beseitigt zu wissen. Die Frontkämpfer und Kriegsopfer, deren berufene Vertreter sich nunmehr in Berlin an einen Tisch zusammensetzen, können gewiß sein, daß damit das Vermächtnis ihrer gefallenen Kameraden am besten erfüllt ist und dem Frieden der Welt sowie der heranwachsenden Jugend aller Völker durch das gute Beispiel am besten gedient wird.

Ankunft der ersten Abordnungen.

Berlin, 14. Februar.

Am Sonntagfrüh trafen die ersten ausländischen Abordnungen zu dem in Berlin stattfindenden ersten Kongreß der Permanenten Internationalen Kommission der Frontkämpfer ein. Zum Empfang der französischen Kommission und der Engländer, unter ihnen der englische Oberst George R. Crosfield, war u. a. der Chefadjutant des Herzogs von Koburg, Brigadeführer Nord, erschienen, der die Gäste zum Hotel Kaiserhof geleitete, wo alle Kongreßteilnehmer Wohnung nehmen werden. Am Nachmittag traf die bulgarische Abordnung mit General der Reserve Ilia Kableschkoff ein, die vom Ehrendienst der Wehrmacht, Hauptmann von Bülow begrüßt wurde.

Das Wirtschaftsabkommen mit Polen.

Ein Zeichen der Stabilität und Festigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen.

Um zwei Jahre verlängert.

DNB **Warschau, 14. Februar.**

Am Sonnabend sind die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen abgeschlossen worden. Sie haben zu einer Verlängerung und Ergänzung des bisherigen Abkommens um zwei Jahre, also vom 1. März 1937 bis zum 28. Februar 1939, geführt. Dieses Ergebnis wird als ein Zeichen der Stabilität und Festigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen im allgemeinen gewertet.

Es ist darauf hinzuweisen, daß es sonst üblich ist, Wirtschaftsabkommen nur für ein Jahr abzuschließen. Wenn die Gültigkeit des jetzt zunächst paraphierten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens zum ersten Mal in der Geschichte der Handelspolitik für einen zweijährigen Zeitraum festgelegt wurde, so ist das als ein Zeichen des Vertrauens der beiden Vertragspartner in die Stetigkeit sowohl der wirtschaftlichen Verhältnisse des anderen Landes wie der beiderseitigen freundlichen Beziehungen in allgemeiner politischer Hinsicht anzusehen.

Ueber die Bestimmungen des neuen Abkommens, das das frühere Wirtschaftsabkommen vom 4. November 1935 ergänzt und verlängert, wird weiter bekannt, daß es auf der Basis eines jährlichen Warenaustausches in Höhe von 176 Millionen Zloty aufgebaut ist. Auf Grund der Erfahrungen, die aus dem alten Abkommen gewonnen wurden, werden, wie man hört, die Kontingente gerade auch für die deutschen Ausfuhrwaren den wirklichen Absatzmöglichkeiten und Marktverhältnissen in Polen angepaßt, so daß eine wirkliche Ausschöpfung des im Vertrag vorgesehenen Warenaustausches erwartet werden kann, zumal auch gewisse Erleichterungen in den Zollbestimmungen vorgesehen sein dürften. Die technische Abwicklung der Warenverrechnung wird auf polnischer Seite durch die Gründung des staatlichen Verrechnungsinstitutes erleichtert.

Unter den Kontingenten, die im einzelnen festgelegt worden sind, ist übrigens die Regelung zu erwähnen, die dem deutschen Film in einem unvergleichlich größeren Ausmaß als bisher den polnischen Markt erschließt. Auch auf dem Gebiete der Holzeinfuhr nach Deutschland dürfte der deutschen Forderung weitgehend entsprochen werden. In Danziger Kreisen dürfte die Berücksichtigung der auf dem Gebiet des deutsch-Danziger Veredelungsverkehrs liegenden Wünsche der Danziger Wirtschaft mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis genommen werden.

In den nächsten Tagen tritt der deutsch-polnische Regierungsausschuß in Berlin zusammen, um die Plattform für die Monate März, April und Mai festzulegen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß auch wegen des Abschlusses eines oberschlesischen Hüttenabkommens anstelle des am 1. März ablaufenden in der nächsten Woche neue Verhandlungen in Berlin beginnen.

Vier Reichsbahn-Direktoren zu Ministerialdirektoren ernannt.

Bisherige Abteilungsleiter der Deutschen Reichsbahn.

Berlin, 14. Februar.

Der Führer und Reichskanzler hat in Durchführung des Gesetzes zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn vom 10. Februar 1937 die Abteilungsleiter der im Reichs- und Preußischen Verkehrsministerium aufgegangenen Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn, die Direktoren der Deutschen Reichsbahn Paul Treibe, Dr. Ing. h. c. Max Leibbrand, Werner Bergmann und Alfred Prang zu Ministerialdirektoren ernannt.

Ministerialdirektor Treibe leitet die Verkehrs- und Tarifabteilung, Ministerialdirektor Leibbrand die Betriebs- und Bauabteilung, Ministerialdirektor Bergmann die maschinentechnische und Einkaufsabteilung und Ministerialdirektor Prang die Finanz- und Rechtsabteilung.

Ministerialdirektor Paul Treibe wurde 1876 in Allenburg in Ostpreußen geboren. Er studierte in Königsberg Rechts- und Staatswissenschaft und Nationalökonomie. Seit 1906 war er bei der Eisenbahndirektion in Bromberg als Vorstand des Verkehrsamtes tätig und wurde 1909 zur Eisenbahndirektion Essen versetzt. 1914 rückte er als Führer der Eisenbahnbetriebskompanie 7 ins Feld. 1916 wurde er zur Durchführung der sich immer schwieriger gestaltenden Aufgaben der Güterbeförderung zur Eisenbahndirektion Essen zurückberufen. Während des Ruhrkampfes 1923/24 organisierte er von Elberfeld aus den Güterverkehr mit dem bereits besetzten Gebiet. 1925 wurde er zum Leiter des Deutschen Eisenbahn-Verkehrsverbandes bestellt und 1936 zum Vorstandsmitglied der Deutschen Reichsbahn ernannt.

Ministerialdirektor Dr.-Ing. h. c. Leibbrand, 1882 in Sigmaringen geboren, studierte an den Technischen Hochschulen in Darmstadt und Berlin. Im Kriege gehörte er dem Stabe des Feldeisenbahnhofs an. 1923 wurde er in die Betriebsabteilung des Reichsverkehrsministeriums versetzt. Er schuf das Güterkursbuch, das zum Muster für das internationale Kursbuch wurde. 1930 wurde er Präsident der Reichsbahndirektion Essen, des Bezirks, der den wichtigsten Teil des Ruhrgebiets umfaßt. Am 1. November 1932 übernahm er als Vorstandsmitglied und Direktor der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Leitung der Betriebs- und Bauabteilung in deren Hauptverwaltung. Ihm ist die Einrichtung des Schnellbetriebes mit den Schnelltriebwagen („Fliegender Hamburger", „Fliegender Münchener", „Fliegender Kölner") und die Verdichtung des Personenzugfahrplans zu verdanken.

Ministerialdirektor Werner Bergmann (1877 in Elberfeld geboren) hat in München und Hannover Maschinenbau und Elektrotechnik studiert. 1906 wurde ihm die Leitung der maschinentechnischen Bauabteilung Halle (Saale) und später, nach eingehenden Studien bei den englischen Eisenbahnen, die der Bauabteilung Nied bei Frankfurt a. M. für die Erbauung neuer Werkstättenanlagen übertragen. Von 1914 bis 1918 stand er als Feldartillerieoffizier in der Front. Von 1919 bis 1923 leitete er das von ihm selbst erbaute Lokomotivausbesserungswerk Nied. Während des Ruhrkampfes wurde er wegen seiner leitenden Betätigung im Abwehrkampf ausgewiesen. Auf Antrag der griechischen Staatsbahnen wurde er im Jahre 1927 und 1929 als Gutachter nach Griechenland abgeordet. 1932 wurde er mit der Leitung der Reichsbahndirektion Essen betraut und zum Reichsbahndirektionspräsidenten ernannt. 1936 hat er die Leitung der maschinentechnischen und Einkaufsabteilung der Hauptverwaltung übernommen unter gleichzeitiger Ernennung zum Vorstandsmitglied und Direktor der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Ministerialdirektor Alfred Prang, 1887 in Treuburg in Ostpreußen geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Den Weltkrieg machte er als Leutnant und Oberleutnant in vorderster Linie mit. 1921 trat er in Königsberg zur Staatseisenbahnverwaltung über. 1926 wurde er in die Finanzabteilung der Hauptverwaltung berufen, 1931 zum Reichsbahnoberrat und 1932 zum Reichsbahndirektor und Mitglied der Hauptverwaltung befördert. Er ist mit einer Reihe von Abhandlungen auf dem Gebiet des Eisenbahnfinanzdienstes und der Finanz- und Wirtschaftsführung an die Oeffentlichkeit getreten.

Die Heranziehung der Wehrpflichtigen 1937.

Eine Uebersicht.

Berlin, 13. Februar.

Im Reichsgesetzblatt, Teil I — S. 186, ist die Anordnung über die Erfassung und Musterung 1937 für den aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst vom 4. Februar 1937 veröffentlicht.

Um den einzelnen Wehrpflichtigen den Ueberblick zu erleichtern, wann er zur Erfüllung des aktiven Wehrdienstes und des Reichsarbeitsdienstes herangezogen wird, werden nachstehend sämtliche Geburtsjahrgänge, die zur Zeit von der Wehrpflicht und Reichsarbeitsdienstpflicht berührt werden, aufgeführt.

Geburtsjahrgang 1912 wird in Ostpreußen vom Herbst 1937 an zum aktiven Wehrdienst herangezogen, deshalb vorher polizeilich erfaßt, gemustert und ausgehoben.

Geburtsjahrgang 1913 wurde im Vorjahre polizeilich erfaßt und gemustert. Die Ersatzreservisten I des Jahrganges werden, soweit noch nicht geschehen, in diesen und in den kommenden Jahren zur kurzfristigen Ausbildung in der Wehrmacht herangezogen.

Geburtsjahrgang 1914: Zurückgestellte Dienstpflichtige haben sich erneut zur Musterung zu stellen. Sie werden, soweit die Verhältnisse es zulassen, zum aktiven Wehrdienst herangezogen.

Geburtsjahrgang 1915: Die Ersatzreservisten I des Jahrganges haben im allgemeinen den Reichsarbeitsdienst geleistet. Ein Teil von ihnen dient bereits in der Wehrmacht. Die übrigen Ersatzreservisten I werden vom Herbst 1937 an zum aktiven Wehrdienst herangezogen.

Bisher Zurückgestellte haben sich erneut zur Musterung zu stellen. Sie werden, soweit die Verhältnisse es zulassen, zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zum aktiven Wehrdienst herangezogen.

Geburtsjahrgang 1916: Die Ersatzreservisten I des Jahrganges leisten im allgemeinen im laufenden Winterhalbjahre 1936/37 oder im kommenden Sommerhalbjahr 1937 Reichsarbeitsdienst. Sie werden voraussichtlich erst vom Herbst 1938 an zum aktiven Wehrdienst herangezogen. Sofern hierfür schon im Herbst 1937 Bedarf besteht, wird er aus den im ersten Vierteljahr 1916 Geborenen gedeckt werden. Für die Zurückgestellten des Geburtsjahrganges gilt das gleiche wie für die des Jahres 1915.

Jahrgang 1917: Er hat sich im Frühjahr 1937 zur polizeilichen Erfassung anzumelden und im Sommer 1937 zur Musterung zu stellen. Die Ersatzreservisten I des Jahrganges haben vom Herbst 1937 an ein Halbjahr Reichsarbeitsdienst zu leisten, wozu sie entweder im Winterhalbjahr 1937/38 oder im Sommerhalbjahr 1938 eingezogen werden. Sie haben voraussichtlich vom Herbst 1938 an aktiven Wehrdienst zu leisten.

Für die wehrpflichtigen Deutschen im Auslande ist eine besondere Anordnung erlassen.

Weitere Auskünfte zur vorstehenden Regelung erteilen die Wehrbezirkskommandos und Wehrmeldeämter.

Die französischen Beamten als Opfer der Abwertungspolitik.

Blum verlangt von ihnen in einer Rundfunkrede Mäßigung und Geduld.

Vorläufig keine Gehaltsangleichung trotz großer Preissteigerung.

DNB **Paris, 14. Februar.**

Ministerpräsident Blum wandte sich am Sonnabendabend mit einer Rundfunkrede an die Staatsbeamten, um ihnen zu erklären, weshalb ihre Forderungen auf Gehaltserhöhung — besser gesagt Gehaltsangleichung an den jetzigen Stand der Lebenshaltungskosten — noch nicht erfüllt werden könnten. Er erkenne die Forderungen der Beamten als berechtigt an, da die neuen Lebenshaltungsrichtzahlen höher seien als zur Zeit der Festsetzung der Gehälter. Blum gab sogar zu, daß die seit acht Monaten gestiegenen Lebenshaltungskosten den Haushalt der Beamten stärker belasten als die Beamten auf der anderen Seite Vorteile gehabt hätten. Dieses Problem dürfe von der Regierung nicht in den Hintergrund gerückt werden. Aber ihre oberste Pflicht sei es, zuerst die zahlreichen anderen Schwierigkeiten, die im Augenblick noch ernsthafter und dringender seien, zu bekämpfen. Die Regierung könne nicht ihr Werk gefährden, das seit acht Monaten mit Zustimmung der Mehrheit des Landes im kühnen Aufbau sei. Ein Gleichgewicht sei zwar in den ersten Abschnitten des Wiederaufschwunges unmöglich, aber trotzdem dürfe das Defizit nicht maßlos anwachsen, da sonst der öffentliche Kredit gefährdet werde. Die Regierung brauche aber diesen Kredit, um den außerordentlichen Verpflichtungen, deren Ursache und Natur ja bekannt seien, nachzukommen. Die Privatwirtschaft brauche jetzt Kapitalien zur Auffüllung ihrer Rohstoff- und Warenvorräte. Sie genese, jedoch sei sie wegen des zeitlichen Zusammenfallens der großen sozialen Reformen und der Währungsangleichung noch sehr empfindlich. Jetzt sei eine Pause nötig. Deshalb fordere der Staat heute von seinen Mitarbeitern (Beamten) Mäßigung und Geduld! Alles würde sich sehr schnell ändern, wenn nur die gehorteten oder geflüchteten Kapitalien wieder in den Kreislauf der französischen Wirtschaft eingeschaltet würden. Hierbei deutete Blum an, daß die Summen der gehorteten oder geflüchteten Gelder das Dreifache dessen ausmachen dürften, was der Staat im Laufe dieses Jahres leihen müsse.

Erklärung des holländischen Außenministers zur Führerrede.

DNB **Amsterdam, 14. Februar.**

Außenminister de Graeff hat gestern in einer Antwort an den Abgeordneten der Ersten Kammer van Vessem die Stellungnahme der niederländischen Regierung zu dem Teil der Führerrede vom 30. Januar dargelegt, in dem der Führer die deutsche Bereitschaft erklärte, Holland und Belgien als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren. de Graeff erklärte dabei, daß die niederländische Regierung die in diesem Angebot zum Ausdruck kommenden guten Absichten voll würdige. Holland könne jedoch hinsichtlich der Unantastbarkeit des niederländischen Staatsgebietes mit einem anderen Lande einen Vertrag nicht abschließen, da die Unantastbarkeit des niederländischen Staatsgebietes für die Niederlande eine Aktion sei, die sich nicht zum Gegenstand eines durch die Niederländer abzuschließenden Vertrages eigne.

★

In Berliner unterrichteten Kreisen hört man hierzu, daß diese Auffassung Hollands keineswegs im Gegensatz zu der von Deutschland vertretenen Ansicht über die freie Willensbestimmung anderer Staaten stehe. Der Führer hat in seiner Rede, auf die die Erklärung de Graeffs Bezug nimmt, ja auch ausdrücklich betont, daß das Zustandekommen einer solchen Abmachung von dem Wunsche Hollands abhänge.

Die deutsche Bereitschaft, die Unantastbarkeit Hollands ebenso zu garantieren wie die Belgiens, mache natürlich, so hört man in diesen Kreisen weiter, da halt, wo Hollands Auffassung von seiner Stellung im internationalen Leben dazu gelangt, einen Wunsch in der Richtung des deutschen Angebotes nicht auszusprechen. Man habe in Deutschland vollstes Verständnis für die holländische Auffassung, da der Führer in seiner damaligen Rede im anderen Zusammenhang davon gesprochen hatte, daß jeder Staat über seine eigene Sicherheit und über ihre Form und Ausmaße selbst zu entscheiden habe. Für Deutschland sei einzig wichtig, vor aller Oeffentlichkeit eindeutig klargelegt zu haben, daß es in jeder Form und jeder Art bereit ist, die holländische Unverletzlichkeit zu garantieren und damit das Geschwätz von einer angeblich anderen deutschen Auffassung ein für alle Mal gründlich erledigt zu haben.

Deutsche Jugend arbeitet mit am Vierjahresplan.

Eröffnung des vierten Reichsberufswettkampfes durch Obergebietsführer Axmann.

DNB **Berlin, 14. Februar.**

Der Leiter des Reichsberufswettkampfes der deutschen Jugend, Obergebietsführer Axmann, eröffnete am Sonntagvormittag den vierten Reichsberufswettkampf. Die mit den Fahnen der HJ und Blumen festlich geschmückte große Aula der städtischen Handelslehranstalt in Charlottenburg war bis auf den letzten Platz besetzt. Obergebietsführer Axmann führte u. a. folgendes aus:

Durch die Stellung von reichseinheitlichen Aufgaben sei es für die Zukunft möglich, einen klaren Querschnitt durch die Berufsausbildung zu erhalten und eine planmäßige Auslese zu treiben. Nur dürfe man die ermittelte Auslese nicht sich selbst überlassen, sondern für die weitere Berufsausbildung frei zu machen. Man solle nicht mit dem Einwand kommen, daß das große Genie selbst dann gewaltige Leistungen vollbringe, wenn es durch materielle Fesseln befangen ist. Wir glauben, daß es in Deutschland sehr viel Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter der Stirn und der Faust gibt, die in der Gemeinschaft vielleicht an einen anderen Platz gehören, wo sie ihren Fähigkeiten und ihrer Veranlagung gemäß mehr leisten können.

Deswegen wird es in Zukunft die erste Pflicht sein, daß wir dieser sozialistischen Auslese den Weg nach oben bahnen und daß wir für sie das Wort prägen, daß für die tüchtigsten Mädel und Jungen in Deutschland der Weg nach oben immer am kürzesten sein muß.

Abschließend dankte Obergebietsführer Axmann den ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, daß sie ihre Arbeitskraft und ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben, um dieses Werk der deutschen Jugend zu einem großen Erfolge zu führen. Jeder möge die Ueberzeugung haben, daß er durch die Teilnahme und durch die Mitarbeit dazu beiträgt, dem Führer bei seiner gewaltigen Aufbauarbeit zu helfen.

Gleichzeitig fanden in der Reichshauptstadt an etwa 100 Wettkampfstätten Morgenfeiern statt, bei denen die Führer der Betriebe sprachen. Rund 18 000 Jungen und Mädel begannen am Sonntag in Berlin die Arbeit.

700 Tote bei einem Theaterbrand.

Entsetzliches Unglück in einer mandschurischen Stadt. – Die Opfer meist Frauen und Kinder

Furchtbare Szenen.

DNB **Tokio, 14. Februar.**

Im chinesischen Theater der mandschurischen Grenzstadt Antung brach ein Brand aus, der bisher etwa 700 Tote gefordert hat. Mehr als 200 Personen werden vermißt. Die Zahl der Verletzten ist unübersehbar. Die Opfer sind meist Frauen und Kinder, aber auch viele Helfer aus Militär und Polizei.

Das schreckliche Unglück entstand durch fahrlässiges Umgehen mit einer offenen Kerze hinter der Bühne. Die Bühnendekorationen fingen Feuer, das auf die hölzernen Galerien und sehr bald auf das ganze Holzgebäude und etwa 50 anliegende Häuser übergriff. Es ereigneten sich furchtbare Szenen, da die 1500 Besucher, die aus Anlaß des chinesischen Neujahrs gekommen waren, in wilder Flucht die Ausgänge versperrten, wobei Frauen und Kinder erstickten oder zertrampelt wurden. Polizei und Militär sperrten die Stätte des Grauens ab, nachdem Dach und Galerien eingestürzt waren und jede weitere Rettung aus dem Flammenmeer unmöglich wurde.

rang, 1887 in Treu-
rte Rechts- und Staats-
achte er als Leutnant
inie mit. 1921 trat er
ahnverwaltung über.
ung der Hauptverwal-
ahnoverrat und 1932
lied der Hauptverwal-
Reihe von Abhand-
ahnfinanzdienstes und
an die Oeffentlichkeit

1937.

dient bereits in der
rvisten I werden vom
enst herangezogen.
erneut zur Musterung
e Verhältnisse es zu-
nd anschließend zum

Die Ersatzreservisten I
einen im laufenden
kommenden Sommer-
ienst. Sie werden
rbst 1938 anzum
gen. Sofern hierfür
wird er aus den im
gedeckt werden. Für
hrganges gilt das

im Frühjahr 1937
g anzumelden
zu stellen. Die Er-
en vom Herbst 1937
zu leisten, wozu sie
3 oder im Sommer-
ie haben voraus-
aktiven Wehrdienst

im Auslande ist eine

n Regelung erteilen
rmeldeämter.

Opfer

Geduld.

rden, das seit acht
eit des Landes im
t sei zwar in den
vunges unmöglich,
maßlos anwachsen,
bit gefährdet
aber diesen
n Verpflichtungen,
ien, nachzukommen.
pitalien zur Auf-
rräte. Sie genese,
ammenfallens der
hrungsangleichung
Zahl nötig. Des-
einen Mitarbeitern
ld! Alles würde
e gehorteten
n wieder in den
eingeschaltet wür-
die Summen der
s Dreifache dessen
aufe dieses Jahres

ze selbst zu ent-
zig wichtig, vor
t zu haben, daß
t ist, die holländ-
und damit das
n deutschen Auf-
digt zu haben.

t mit am

swettkampfes
mann.
, 14. Februar.
fes der deutschen
eröffnete am
berufswettkampf.
men festlich ge-
ndelslehranstalt
en Platz besetzt.
folgendes aus:
lichen Aufgaben
ren Querschnitt
n und eine
Nur dürfe man
rlassen, sondern
, um die Bahn
machen. Man
daß das große
ollbringe, wenn
Wir glauben,
eiterinnen und
ibt, die in der
Platz gehören,
nlagung gemäß

ste Pflicht sein,
den Weg nach
Wort prägen,
gen in Deutsch-
kürzesten sein

Azmann den
iterinnen, daß
fügung gestellt
end zu einem
Ueberzeugung
urch die Mit-
er gewaltigen

dt an etwa
iern statt,
Rund 18 000
in Berlin die

Wirtschaft und Macht im neuen Deutschland.

Reichsrechtsführer Dr. Frank vor den Rechtswahrern und Wirtschaftlern des Gaues Westfalen-Nord.

✕ **Münster**, 14. Februar.

Einer der ältesten Mitkämpfer des Führers, Reichsrechtsführer und Reichsminister Dr. Hans Frank, weilte am Samstag in der Provinzialhauptstadt Münster, wo er in einer eindrucksvollen Kundgebung vor den Rechtswahrern und den Wirtschaftlern von Westfalen und Lippe über die Wandlung der Wirtschafts- und Rechtsauffassung im neuen Deutschland sprach. Wohl kaum ein anderer war befugt, die großen Linien dieses geistigen Wandels darzulegen wie Reichsminister Frank. Von Beginn an kämpfte gerade er mit leidenschaftlichem Herzen für die Wandlung des deutschen Rechts, das nicht als ein in ein Paragraphennetz verstrickter Fremdkörper im Staats- und Volksleben stehe, sondern das lebendig in und für die Gemeinschaft lebe. „Recht ist, was dem Volke nützt!" das muß der Grundsatz des neuen rechtlichen Denkens sein, dann wird die Rechtsprechung zu dem, was sie dem Staate und Volke sein muß. In gleicher Weise wie das rechtliche Denken wandelt sich auch von innen her aus das wirtschaftliche Denken, das durch die rechtlichen Normen vielfach seinen äußeren Rahmen erhält. Den Gleichlauf der Wandlungen und ihre Notwendigkeit legte Reichsminister Dr. Frank in überzeugender Weise dar.

Festlicher Empfang.

Die Anwesenheit des Reichsministers war für die Stadt Münster ein Anlaß, dem Gast einen feierlichen Empfang zuteil werden zu lassen. Auf dem historischen Prinzipalmarkt hatten die Ehrenstürme und Abordnungen der Partei und der Verbände Aufstellung genommen, deren Fronten der Reichsminister in Begleitung des Gauleiters abschritt. Der immer wieder zutiefst beeindruckende Saal, in dem der Westfälische Friede geschlossen wurde, versammelte dann die zahlreichen hohen Gäste aus Partei, Staat und Wehrmacht, die dem Empfang beiwohnten. Gauleiter Dr. Meyer begrüßte Reichsminister Frank und hieß ihn im Gau Westfalen-Nord willkommen. Dabei wies er hin auf die Bedeutung des Friedenssaales und seine Bedeutung ebenso für Münster wie für die Geschichte des Deutschen Reiches und der von ihm getrennten ehemaligen Reichsgebiete. Den Reichsrechtsführer kennzeichnete er als den leidenschaftlichen Kämpfer für deutsches, volksnahes Recht, dessen Arbeit unter dem Kennwort stehe: „Recht ist, was dem Volke nützt, und Unrecht ist, was dem Volke schadet. Zu dem in dem Friedenssaale geschlossenen Westfälischen Frieden übergehend, erklärte der Gauleiter, daß dieser den gleichen Geist des Unrechtes geatmet habe wie der Schandfriede von Versailles, daß sogar ganze Teile aus ihm übernommen worden seien.

Bürgermeister Hillebrand entbot dem Reichsrechtsführer den herzlichen Willkomm der Stadt und der Bürgerschaft, verwies ihn auf die im Rathause aus Anlaß seiner Anwesenheit eingerichtete Ausstellung von Dokumenten und sonstigen Zeugen aus der Reichsgeschichte der Stadt, überreichte ihm ein Ehrengeschenk und bot ihm den Ehrentrunk der Stadt aaus dem Goldenen Hahn.

Reichsrechtsführer Dr. Frank erklärte, von dem Anblick Münsters aufs tiefste ergriffen zu sein, vor allem auch von dem Friedenssaale, in dem sich ein so schweres Geschick des deutschen Volkes erfüllt habe. Und in Verbindung damit stellte er fest, es gebe kein Volk, daß so sehr zu den höchsten Höhen berufen sei und durch das Schicksal immer wieder zu den tiefsten Tiefen hinabgerissen werde wie das deutsche. Aber stets steige es aus den tiefsten Tiefen immer reiner empor. Wir wollen uns glücklich schätzen, in Adolf Hitler einen Mann zu wissen, der das Schicksal gemeistert hat. Möge das deutsche Volk nie wieder zu einer solchen Tiefe hinabsinken wie zu der, an die uns dieser Saal erinnert. Das sei unser Gebet.

Im Anschlusse daran erläuterte Stadtarchivar Dr. Schulte die wesentlichsten Teile des Stadtschatzes und nach der Eröffnung der vorerwähnten Ausstellung deren wichtigste Gegenstände: Urkunden des Stadtrechtskreises Münster und die Karten darüber, die klerikalen Kämpfe gegen die weltliche Gerichtsbarkeit, Stadtgerichtsbarkeit, Uekunden über Freigerichte und Feme, Bauernweistümer, bürgerliche Streitverfahren, freiwillige Gerichtsbarkeit usw., im ganzen genommen: Urkundenmaterial, das hier zum ersten Male gezeigt wurde.

Schon lange vor Beginn der Kundgebung in der Stadthalle war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Unter den Klängen des Badenweiler Marsches, den das Städtliche Orchester unter Leitung des Generalmusikdirektors Eugen Papst spielte, zogen die Fahnen ein, die auf dem festlich geschmückten Podium Aufstellung nahmen. Nach einer Festouvertüre begrüßte der Führer der Rechtswahrer im Gau Westfalen-Nord, Pg. Fleiter, den Reichsminister und betonte die Bedeutung dieser Kundgebung, die Wirtschaftler und Rechtswahrer vereinigte.

Der Staat führt, aber er wirtschaftet nicht selbst.

Dann ergriff der Reichsleiter,

Reichsminister Dr. Hans Frank,

das Wort zu einem großangelegten Vortrag über „Nationalsozialistisches Wirtschaftsrecht." Er erinnerte an die Triumphzeit des Liberalismus auch in der Wirtschaft, der Streiks und Aussperrungen duldete, Arbeitslose schuf und Industrie und Handel um viele Millionen Arbeitsstunden und damit um kostbare produktive Arbeit brachte. In einem solchen Staat, so führte Reichsminister Dr. Frank aus, der waffenlos ein Spielball des Auslandes und im Innern ein Tummelplatz von fremdrassigen und volksfremden Kapitalisten war, konnte man auf dem Gebiete der Wirtschaft weder von Rechtssicherheit, noch von irgendwelcher Ordnung der Wirtschaft sprechen. Erst die Befreiung Deutschland von ausländischer Willkür, die Wiederherstellung seiner Ehre und die Unterdrückung aller destruktiven kommunistischen Bestrebungen schufen die Voraussetzungen für jenes Wirtschaftsrecht, das heute auf nationalsozialistischer Grundlage die Durchführung und Notwendigkeiten der völkischen Lebensgesetze im Bereich der Wirtschaft sicherstellt. In der Sicherung der Substanzwerte Rasse, Boden, Arbeit, Wehr und Ehr sehen wir die Sicherung unseres Volkstums und der Nation überhaupt.

Grundlage des nationalsozialistischen Wirtschaftsrechtes ist der Schutz des Substanzwertes Arbeit.

Nicht etwa Schutz eines schrankenlosen Egoismus, nicht Förderung liberalistischen Menchestertums, nicht rechtliche Duldung chaotisch wirtschaftlicher Zustände kann das Ziel einer Ordnung in der Wirtschaft sein. Das liberalistische Wirtschaftsdenken ist gekennzeichnet durch die Zweiteilung des Lebens in eine öffentliche und eine private Sphäre. Die Wirtschaft sollte ausschließlich zur Privatsphäre gehören, und erbittert wurde gegen jegliche Einmischung des Staates gekämpft. Im nationalsozialistischen Staate kann auch auf dem Gebiete der Wirtschaft eine solche Trnnung nicht gebilligt werden.

Die Führung der Wirtschaft beansprucht der Staat, ohne dabei die gewaltige schöpferische Kraft der privaten Initiative, das Schaffen unserer Wirtschaftler auf eigene Verantwortung zu lähmen. Der Staat führt, aber er wirtschaftet nicht selbst.

So ergab nicht nach der Machtübernahme die Notwendigkeit einer grundlegenden Neugestaltung des deutschen Wirtschaftsrechtes. Eine solche Rechtsschöpfung aber war unmöglich nur von Theoretikern durchzuführen. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand die Forderung nach Beteiligung von Männern der Praxis.

Als erstes mußten Schranken niedergerissen werden, die die marxistische Klassenkampfidee zwischen den auf einander angewiesenen Menschen des gleichen Betriebes, zwischen „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer", aufgerichtet hatte. Diese scharfe wirtschaftliche, soziale und politische Tennung mußte einer Einheit der Betriebsgemeinschaft weichen, in der man nur Betriebsführer und Betriebsgefolgschaft kennen konnte. Organisatorisch ist durch die Gründung der Deutschen Arbeitsfront, der Gemeinschaft aller in der Wirtschaft schaffenden Deutschen, diese Frage gelöst worden.

Durch die nationalsozialistische Gesetzgebung ist das von der Klassenideologie getragene Arbeitsrecht des liberalistisch-marxistischen Staates ersetzt durch eine neue Arbeitsordnung, die auf dem Grundsatze der Schicksalsgemeinschaft von allen Arbeitern eines Betriebes beruht.

Die Grundlage dieses neuen Arbeitsrechtes bildet das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Die Durchführung der dort aufgestellten Grundsätze im Geiste eines wirklichen Sozialismus ist sichergestellt durch die neu geschaffene soziale Ehrengerichtsbarkeit, die den Gedanken der Ehre der Arbeit bewußt in den Vordergrund stellt.

Einer dringenden Erneuerung bdürfte ferner das veraltete Aktienrecht, das die Anonymität des Kapitals in einer Weise ausweitete, wie es mit der nationalsozialistischen Rechts- und Wirtschaftsauffassung unvereinbar war. Die Aktiengesellschaften sind der größte und wichtigste Sektor unseres Wirtschaftslebens, und die Lösung der Probleme, die die Struktur dieser Unternehmungen stellte, bedurfte einer langwierigen und intensiven Arbeit. Der Aktienrechtsausschuß der Akademie für deutsches Recht schuf in dreijähriger Arbeit einen Entwurf, der die Gestaltung des neuen Aktienrechtes bestimmte. Das anonyme Kapital wurde auf das wirtschaftlich notwendige Maß beschränkt, die Führung der Gesellschaft in die Hände des persönlich verantwortlichen Vorstandes gelegt und dem Aufsichtsrat zwar das Recht der Ueberwachung, aber nicht des Eingriffs in die Geschäftsführung gegeben. Die Rechte der anonymen Hauptversammlungen wurden genau umgrenzt und an die Gewinnverteilungen besondere Voraussetzungen geknüpft. Eine gesetzlich bestimmte Jahresabschlußprüfung sichert eine gesteigerte Kontrollmöglichkeit durch unabhängige Wirtschaftstreuhänder.

Die nationalsozialistische Grundeinstellung des neuen Aktienrechtes aber offenbart sich neben der Durchsetzung des Führerprinzips am deutlichsten in seinen sozialrechtlichen Bestimmungen, die die Gewinnbeteiligung der Vorstandsmitglieder in ein angemessenes Verhältnis zu den Aufwendungen setzt, die zugunsten der Gefolgschaft oder für soziale Einrichtungen verauslagt werden.

Im Zuge des Aufbaues eines nationalsozialistischen Wirtschaftsrechtes hat und wird der Sachwalter im Bereiche der Wirtschaft eine verantwortliche Aufgabe erhalten. Er wird Träger des öffentlichen Vertrauens und Mittler zwischen Staat und Wirtschaft. Charakter und Fachwissen entscheiden seine berufliche Eignung. Die Fachgruppe „Wirtschaftsrechtler" des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes hat sich ihrer schweren Verantwortung gegen die Volksgemeinschaft stets bewußt zu sein.

Das Wirtschaftsrecht selbst aber steht im Zeichen jenes grandiosen Zieles, das der Führer dem deutschen Volke als nationale Aufgabe gestellt hat. Mit der Durchführung des Vierjahresplanes wurde jener kampferprobte Mann betraut, den Adolf Hitler den Männern der Wirtschaft charakterisierte, indem er ihnen zurief: „Vertrauen Sie dem Mann, den ich bestimmte! Es ist der beste Mann, den ich habe für diese Aufgabe." Wenn wir uns heute um Hermann Göring kämpfend scharen, dann wissen wir, daß wir einer Aufgabe dienen, deren Lösung die Freiheit und die Größe unseres deutschen Volkes verbürgt und unser nationalsozialistisches Reich zu dem erstehen läßt, was wir alle meinen, wenn wir von Deutschland sprechen. „Mögen uns die Bischöfe hassen, Gott hat uns gesegnet", so schloß der Reichsminister seine Ausführungen.

Lebhafter Beifall dankte dem Minister für seine Ausführungen. Gauwirtschaftsberater Franke machte sich zum Sprecher der Versammlung u. gab diesem Dank noch einmal Ausdruck.

Nach einem gemeinsamen Abendessen vereinigte ein Kameradschaftsabend im alten Rathaussaale die Teilnehmer der Kundgebung. Reichsminister Frank erlebte hier noch die überraschende Begrüßung durch einen echten münsterländischen Kiepenkerl, der ihm nach einem launigen und herzlichen Gruß westfälischen Schinken, Pumpernikel und eine Flasche Korn überreichte, worüber Reichsminister Frank ebenso launig und humorvoll dankte.

Völliger Neuaufbau der Berufsausbildung.

Achtes Schuljahr – erstes Lehrjahr / Neuregelung der Gesellen- und Meisterprüfung.

Die Heranbildung des besten Facharbeiters der Welt.

✓ **Berlin**, 14. Februar.

Die völlige Neuordnung der Fragen der Ausbildung und Erziehung, wie sie u. a. in der Verkündung der Adolf-Hitler-Schulen und der Uebernahme der Berufserziehung durch die DAF zum Ausdruck kommen, hat dem Reichsorganisationsleiter Dr. Ley Veranlassung gegeben, dem Hauptschriftleiter des „Angriff" einiges über die Auswirkungen mitzuteilen, die sich aus der Vereinbarung zwischen HJ und DAF ergeben werden. Dr. Ley erklärte u. a.:

„Wir geben den deutschen Menschen nicht mehr aus der Hand, wir nehmen uns seiner an, sobald er zur Schule kommt, und wir helfen ihm und führen ihn, solange seine Arbeitskraft nur irgendwie gefördert und entwickelt werden kann. Unser Plan, bei dessen Verwirklichung wir in engster Fühlungnahme mit dem Reichserziehungsministerium arbeiten werden, muß immer bei der Volksschule beginnen.

Die Volksschulzeit muß verkürzt werden, aber sinnvoll verkürzt, so daß ein allmählicher Uebergang von der Schule in den Beruf erfolgt, und die Berufsberatung und Berufsfindung unter der betreuenden Hand von HJ und DAF geschieht.

Bereits im siebten Schuljahr beginnt die Berufserziehung. In den Schulen werden Werkstätten errichtet, an denen die örtlichen Handwerksmeister mitwirken. Hier wird der Schüler an die beiden Grundstoffe, Holz und Eisen, herangebracht. Wir nennen das die Robinson-Klasse. Hier zeigt sich, ob einer mehr zur grübelnden, bastelnden, feinmechanischen Arbeit neigt oder mehr zu diszipliniertem Handarbeit, die sich am Eisen auswirken will. In dieser Klasse findet die Berufsberatung statt.

Das nächste, das achte, Schuljahr ist bereits das erste Jahr der Berufslehre. Dem Schüler wird bereits ein Meister am Ort zugeteilt. Der theoretische Unterricht in der Schule läuft weiter, und der Lehrer behält die Aufsicht über den Schüler.

Er wird etwa täglich ein bis zwei Stunden theoretischen Unterricht geben wie er für jeden schaffenden Menschen nützlich ist, z. B. kaufmännisches Rechnen, Schreiben von Geschäftsbriefen, Anlegen einer einfachen Buchhaltung, Kalkulation, Materialberechnung usw. In der Gemeinschaftswerkstatt der Schule wird außerdem wöchentlich ein paar Stunden weitergearbeitet.

Im dritten Jahr kommt der junge Mensch ganz zum Meister in die Lehre, das vierte Jahr sieht ihn in den Werkstätten der DAF oder der Industrie oder des Handwerks, wo die Spezialistenausbildung erfolgt.

Völlig neu wird die Gesellen- und Meisterprüfung geregelt. Ich habe gerade mit dem Gebietsführer Pg. Azmann vereinbart, daß im Oktober dieses Jahres der erste Reichsberufswettkampf für Gesellen beginnt.

Wer diesen Berufswettkampf eine festgesetzte Anzahl von Jahren bestanden hat, soll ohne besondere Prüfung Geselle werden, wobei natürlich nach Leistungen gemessen wird. Ebenso wird der Meistertitel durch eine weitere Teilnahme am Gesellenwettkampf erworben, ebenfalls unter Verzicht auf die bisherigen Meisterprüfungen.

Wir haben das Gesellenwandern eingeführt. Es hat sich so bewährt, daß wir von jedem Handwerker, ehe er Meister wird, ein Jahr Gesellenwandern verlangen müssen. An Spitze dieses Fachschulaufbaues sehe ich die Meisterschulen an. Sie sollen dafür sorgen, daß eine gleichmäßige Güte des Handwerkertums im ganzen Reich erzielt wird. Nur wer eine dieser Meisterschulen besucht hat, kann als Fachlehrer von der DAF anerkannt und eingesetzt werden. Wir sehen, daß wir mit diesem Fachschulaufbau Zeit gewinnen und die Tüchtigen wirklich nach oben bringen. Es soll nicht mehr so sein, daß tüchtige Facharbeiter und Handwerker erst mit 30 Jahren an eine Familiengründung herantreten können. Wir wollen junge Väter und junge Mütter als Eltern vieler Kinder.

Das Erfreuliche für mich ist, daß ich diese Ausbildungsfragen mit der Hitlerjugend gemeinsam anpacken kann, und daß das Vorrecht der Partei, das Vorrecht auf die Menschenführung, hierbei wieder in einer ganz praktischen Lebensfrage durchgesetzt wird. Die Erziehung muß bei der Bewegung liegen, also bei der HJ, der DAF und der Partei. Die reine Lehre bleibt bei den Fachkräften. Jugend darf nur von Jugend geführt werden! Die Vermittlung von Wissen ist nur ein Bruchteil der Heranbildung der Menschen. Was aber bei der künftigen Menschenbewertung den Ausschlag gibt, das sind die Werte, die von der Bewegung unserm Volk neu vor Augen geführt werden. Grundschule, Fachschule, höhere Schule und Adolf-Hitler-Schulen und Ordensburgen, dies sind die Elemente unserer künftigen Menschenauslese und Menschenführung."

Futtermittel gegen Roggen.

Umtauschaktion für alle Erzeuger, die ihre Ablieferungspflicht bereits erfüllt haben.

✓ **Berlin**, 14. Februar.

Der Appell an das deutsche Landvolk, sich seiner staatspolitischen Pflicht bewußt zu sein und das Ablieferungssoll für Brotgetreide zu erfüllen, hat in allen deutschen Dörfern ein nachhaltiges Echo gehabt. Zahlreiche Landesbauernschaften konnten melden, daß bereits jetzt vielfach die Ablieferungen in der vollen Höhe des Ablieferungssolls erfolgt sind. Dabei läuft die Frist, innerhalb deren die Brotgetreideablieferungen beendet sein müssen, erst am 28. Februar 1937 ab.

In manchen Dörfern ist es nun so, daß die Erzeuger, die bereits ihr Soll voll erfüllt haben, noch über die Höhe ihres Ablieferungskontingents hinaus Roggen zur Verfügung haben. Es verstößt gegen den Sinn des deutschen Kampfes um die Nahrungsfreiheit, wenn diese Roggenmengen vom Getreideerzeuger verfüttert werden. Der Vierjahresplan, zu dem der Führer das ganze Volk aufgerufen hat, verlangt vom deutschen Volk auch, mit den deutschen Nahrungsgütern gewissenhaft umzugehen. Deshalb können diese Roggenmengen viel besser dazu verwendet werden, die deutschen Brotgetreidebestände auch über dieses Jahr hinaus zu sichern.

Um jedoch die Bauern und Landwirte andererseits ausreichend mit Futtermitteln zu versorgen, soll nunmehr eine großzügige Umtauschaktion eingeleitet werden, an der sich alle Erzeuger beteiligen können, die ihr Liefersoll voll erfüllt haben. Die Abwicklung dieser Aktion wird sich so vollziehen, daß die Verteiler den Bauern und Landwirten für ihren Roggen die gleiche Menge Futtermittel zur Verfügung stellen. Jeder Bauer oder Landwirt, der sein Liefersoll erfüllt hat, wird also die Möglichkeit haben, ohne jeden Preisverlust seinen überschüssigen Roggen gegen Gerste, Mais oder Maisfuttermehl einzutauschen. Da diese Aktion den Zweck hat, der Brotversorgung in weitestgehendem Maße Brotgetreide zu sichern und der deutschen Landwirtschaft erhebliche Futtermengen zuzuführen, also mithelfen soll, Deutschlands Kraft für die Durchführung des Vierjahresplanes zu stärken, ist es selbstverständliche Pflicht, daß von dieser Umtauschmöglichkeit jeder Bauer und Landwirt Gebrauch macht. Das gilt um so mehr, als Ministerpräsident Generaloberst Göring und der Reichsbauernführer bereits eindringlich und wiederholt das deutsche Landvolk auf seine große Verantwortung für die Brotversorgung hingewiesen und eindeutig gefordert haben, daß Brotgetreide nicht verfüttert wird. Die Umtauschaktion wird der Landwirtschaft die Erfüllung dieser Pflicht wesentlich erleichtern.

Die Reichsstelle für Getreide hat die Einzelheiten der Umtauschaktion in einem Merkblatt zusammengefaßt, das in der Fachpresse alsbald veröffentlicht werden wird und von jedem Verteiler bei der Reichsstelle für Getreide bezogen werden kann.

Ausgerechnet Herr Wickham Steed!

Er fälscht den Deutschen Gruß des Botschafters von Ribbentrop in eine „Beleidigung für den englischen König" um.

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt:

Es ist — wie könnte es anders sein — Mr. Wickham Steed vorbehalten, den deutschen Gruß, den Botschafter von Ribbentrop dem britischen Monarchen zum erstenmal bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens und bei dem ersten feierlichen Lever in dieser Woche erwiesen hat und fortan immer erweisen wird, in eine „Beleidigung für den König" umzufälschen. „König Eduard VII.", so erklärte er bei einer Versammlung des Oxford Liberal Club, nebenbei einer Hochburg roter Propaganda in England, „hätte eine sofortige Abberufung des Botschafters verlangt. Statt dessen ist dem deutschen Volk erzählt worden, daß der Vorfall von weiten Kreisen hingenommen wurde, und daß er ein Zeugnis für die Beliebtheit Hitlers in England sei."

Wir kennen den notorischen Deutschenfeind und Lügenapostel Wickham Steed zu genau, um ausgerechnet mit ihm in eine Diskussion einzutreten über eine Handlung, die für uns Deutsche eine Selbstverständlichkeit ist und die von den Kreisen, von denen Wickham Steed spricht, nur so aufgefaßt wurde und aufgefaßt werden konnte, wie sie vom deutschen Botschafter gemeint war, nämlich als eine besondere Ehrung des britischen Monarchen.

Wir wissen, daß Wickham Steed an der infamen Lügenhetze gegen Deutschland im Weltkrieg führend beteiligt war und daß auf seine Anregung hin schwarz-rot-gold umrandete Flugblätter über der Front in Frankreich abgeworfen wurden, in denen deutsche Soldaten unter dem Vorwand, daß die Republik den Frieden bedeute, zur Meuterei aufgefordert wurden. Wir wissen, daß Wickham Steed heute ständiger Mitarbeiter des Hetzpamphlets der jüdischen Emigranten der „Pariser Tageszeitung" ist.

Es nimmt uns auch nicht wunder, daß ausgerechnet „News Chronicle" als einziges Londoner Blatt die absurden Behauptungen Steeds aufgegriffen hat. Es ist ja schließlich kein Geheimnis, daß der „News Chronicle" aus Mangel an wirklicher politischer Bedeutung das Sprachrohr jener unter bolschewistischem Einfluß stehenden Kreise ist, die bewußt oder unbewußt an der Untergrabung der politischen und gesellschaftlichen Fundamente des britischen Staates arbeiten.

Was uns Deutsche aber befremdet und was wir tief bedauerlich finden, ist die Tatsache, daß in einem so traditionsreichen Lande wie England gewissenlose Hetzer, die geistig auf der gleichen Stufe stehen wie die bolschewistischen Mordbrenner in Spanien an der Person ihres eigenen Monarchen eine derartige Kritik überhaupt üben können. Denn wenn es Herr Wickham Steed auch nur für möglich hält, daß ein am Hofe von St. James beglaubigter Botschafter die Absicht haben könnte, den britischen Monarchen zu insultieren, so ist dies eine solche Beleidigung für den Souverän des britischen Weltreiches, daß in Deutschland der Träger solcher zersetzenden Gedanken als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet und behandelt werden würde.

Die Erklärung Wickham Steeds ist nicht nur ein Zeichen für die verderbliche Hetze gegen eine aufrichtige und freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und England, sondern auch ein Beweis dafür, wie tief bereits das zersetzende Gift der bolschewistischen Propaganda in die Auffassung gewisser intellektueller Kreise Englands eingedrungen ist.

Neue Jagdbestimmungen.

✓ **Berlin**, 14. Februar.

Der Reichsjägermeister, der Reichsjustiz- und der Reichslandwirtschaftsminister haben eine gemeinsame Verordnung zur Aenderung der Ausführungsverordnung des Reichsjagdgesetzes erlassen. Sie bringt vor allem zum Ausdruck, daß Personen, die nicht das Reichsbürgerrecht besitzen, nur mit Genehmigung des Reichsjägermeisters zur Pachtung zugelassen und in die Deutsche Jägerschaft aufgenommen werden können. Weiter ist von Bedeutung, daß die Haftpflichtversicherung der deutschen Jäger nunmehr in einer von der Deutschen Jägerschaft abzuschließenden Gemeinschaftsversicherung einheitlich durchgeführt wird. Der Versicherungsbeitrag wird gleichzeitig mit der Gebühr für den Jagdschein erhoben, so daß zur Vereinheitlichung noch die Vereinfachung kommt. Die Kollektivversicherung der Jäger erstreckt sich auf 150 000 RM Personen- und 15 000 RM Sachschaden je Jagdscheinbesitzer. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß nach der neuen Verordnung der Kreisjägermeister, wenn es sich um die notwendige Beseitigung schädlichen, übermäßigen Wildstandes handelt, einzelnen Personen einen schriftlichen Ausweis zur Erlegung von Schwarzwild, Kaninchen und Raubwild erteilen kann, der an die Stelle des Jagdscheines tritt. Die Erlegung kann in solchen Fällen auch unabhängig von der Schonzeit erfolgen.

12 Tote, 14 Schwerverletzte beim Erdbeben in Algerien.

(!) **Paris**, 13. Februar.

Den Blättern zufolge hat das Erdbeben, das am Dienstag die nordafrikanische Stadt Guelma bei Constantine heimgesucht hat, insgesamt 12 Tote und 14 Schwerverletzte gefordert. Zwei Dörfer mitsamt ihren Wasserleitungen sind völlig zerstört worden.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Münster und das Münsterland: Dr. Fritz Rediger, Münster i. W. Stellvertreter des Hauptschriftleiters und verantwortlich für Politik und i. V. für den Unterhaltungsteil: Hermann Diebold, Gelsenkirchen-Buer; für Westdeutschland: i. V. Karl Bode in Dortmund; für Handel und Sport: Dr. Anton Henkel in Dortmund; für münsterländischen Sport: Rudolf Oehsenknecht, Münster; für den Zeno-Anzeigenteil: Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W. Druck: Zeno GmbH., Münster i. W. Zur Zeit gültiger Anzeigen-Tarif für die Zeno-Gesamtauflage Nr. 9 vom 10. 12. 1935.

Durchschnittsauflage I. 1937:

Zeno-Zeitung insgesamt über 42 000,

enthaltend Ahlener Volkszeitung, Ahlen, über 3150; — Allgemeine Zeitung, Coesfeld, über 5950; — Borkener Zeitung, Borken, über 3100; — Bürgerblatt, Emmerich, über 2000; — Dülmener Zeitung, Dülmen, über 2000; — Halterner Zeitung, Haltern, über 1700; — Kreiszeitung, Ahaus, über 3650; — Münsterländische Volkszeitung, Rheine, über 4800; — Emsländische Tageszeitung (Lingen), Rheine, über 1050; — Neuer Emsbote, Warendorf, über 2400; — Tageblatt, Ochtrup, über 1700; — Volksblatt, Bocholt, über 6600; — Volkszeitung, Emsdetten, über 2100; Volkszeitung, Dorsten, über 1800.

Stadt Bocholt.

Montag, den 15. Februar.

Die Krone des Alters.

§ Herr Johann Hungerkamp, der bei seinem Schwiegersohn Anton Ueffing auf dem Niederbruch wohnt, wurde gestern 78 Jahre alt. Er hat aktiv bei der Infanterie in Jülich (Rheinland) gedient und bewährte sich derart, daß er als Unteroffizier abging. 35 Jahre lang war er Lagerverwalter bei der Firma Frentrop u. Co. Möge dem alten Herrn, der sich noch einer sehr guten Rüstigkeit erfreut und als Skat- und Doppelkopfspieler einen Namen hat, ein sorgenfreier Lebensabend beschieden sein.

Ein neuer Meister.

§ Der Maurer Bernhard Schapdick (nicht Gerhard, wie wir gestern irrtümlich berichteten), Kurfürstenstraße 120, bestand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Münster die Meisterprüfung. Herzlichen Glückwunsch.

Achtung, Handwerker!

a. Hierdurch teilen wir mit, daß die für den 28. 2. 37 vorgesehene Gauhandwerkstagung ausfällt, da an diesem Tage der Eröffnungstermin der Leipziger Messe ist und die vorgesehenen Referenten dort teilnehmen müssen. Der neue Termin wird an dieser Stelle bekannt gegeben. Heil Hitler!

gez. L. Meyermann, Kreishandwerkswalter.

Heini Koppers k. o.-Sieger.

Im Konzerthaus zu Hannover fanden am Freitag die Vorschlußrunden um die Boxmeisterschaften des Gaues Hannover statt. Der frühere Bocholter Heini Koppers traf auf den sehr guten Bremerhavener Bothe. In einer sehr harten Auseinandersetzung bei der sich beide Gegner einen fesselnden Kampf lieferten, konnte Koppers einen prachtvollen technischen k. o.-Sieg (3. Runde) erringen und damit auch die Teilnahmeberechtigung an den deutschen Meisterschaften. Zu diesem schönen Erfolg gratulieren auch wir dem „Bocholter Jungen" der nunmehr im Endkampf den gefürchteten Halmstädter Lozemann als Gegner hat.

Ia Jugend des F. C. Olympia Gruppenmeister!

Sportklub 26 (1. Jgd.) — F. C. Olympia (1. Jgd.) 5:7.

Am Sonntagvormittag standen sich auf dem Platz an der alten Aa obige Mannschaften im Kampf um die Gruppenmeisterschaft gegenüber. In einem torreichen Treffen schafften es die stark favorisierten Grünweißen, die damit den stolzen Titel eines Gruppenmeisters errangen. Wir gratulieren der jungen Elf zu diesem Erfolg auf das herzlichste.

Leistungssteigerung — Symbol der Jugend

Eröffnungskundgebung des Reichsberufswettkampfes in Bocholt.

§ **Bocholt**, 15. Februar.

Gestern hat der 4. Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend offiziell seinen Anfang genommen. Er ist diesmal noch umfassender als in den vergangenen Jahren. Der Führer hat im neuen Vierjahresplan die Aufgabe gestellt, Deutschland von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe völlig unabhängig zu machen. An diesem gewaltigen Werk muß und wird die deutsche Jugend sich in besonderem Maße beteiligen, indem sie bestrebt ist, ihre Leistungen zu steigern. Die Jungen und Mädel wollen in einem freiwilligen Leistungswettbewerb an sich selbst arbeiten, um im Beruf die Tüchtigsten zu sein. Nur so sind sie ein mächtiges Bollwerk gegen den Bolschewismus und gegen das Stachanow-System, das die Menschen zwangsweise ausbeutet.

Der Reichsberufswettkampf ist nicht nur eine propagandistische Angelegenheit, sondern der Reichsjugendführer Baldur von Schirach hat ihn zum Symbol der deutschen Jugend erklärt. Die Jugend fordert ihr Recht für eine berufliche Entwicklung, für eine überdurchschnittliche Leistung. Aber nicht für den einzelnen, sondern für die Gemeinschaft. Mehr als 1,8 Millionen Jugendliche — 1,2 Millionen Jungen und 600 000 Mädel — d. s. rund 90% der infrage kommenden Jahrgänge, nehmen diesmal am Reichsberufswettkampf teil. Auch die Bocholter Jugend beteiligt sich sozusagen geschlossen daran. Denn das bewies die Eröffnungskundgebung, die am Samstagnachmittag stattfand und zu der die Jungen und Mädel so zahlreich erschienen waren, daß der Saal des Bürgerkrugs bis auf den letzten Stehplatz besetzt war.

Kreisjugendwalter Heveling

eröffnete die Kundgebung mit einem Gruß an den Führer, dessen Bild, umgeben von Fahnen und Blattpflanzen sowie einem riesigen Hoheitsabzeichen auf der Bühne aufgebaut war. Nach einem besonderen Willkommensgruß, den der Kreisjugendwalter an Kreiswalter der DAF. Möwius, Bannführer van Oopen und Untergauführerin Schadrack richtete, nahm

Kreiswalter der DAF. Möwius.

das Wort zu einer Ansprache, in der er den Sinn und die Bedeutung des Reichsberufswettkampfes deutete. Zum vierten Mal habe man die Jugend zusammengerufen, um sie in dem großen Leistungswettbewerb zu vereinen, bei dem sie ihren Mut und ihre Tatkraft in praktischer Arbeit dem Volk und der Nation gegenüber beweisen könne. Die heutige Jugend frage nicht danach, welcher Herkunft, welcher Konfession und welchen Standes einer sei, sondern sie sei bereit, für die Gemeinschaft etwas zu leisten. Der Führer habe einmal gesagt: „Sozialismus ist, wenn man den schaffenden deutschen Menschen auf den Arbeitsplatz setzen kann, auf dem er am meisten leistet". In der Nachkriegszeit sei die Berufsausbildung der Jugend vernachlässigt worden. Auch sei die Gesundheit der Jugend wie überhaupt des Volkes nicht so gewesen, daß man damals einen Wettkampf in Wirtschaft und Industrie habe aufnehmen können. Deshalb habe man die Jugend zuerst körperlich ertüchtigen müssen, und das sei in der HJ. geschehen. Nun gelte es, sie immer weiter zu schulen, was vor allem auch durch zusätzliche Berufsschulung geschehe. Der 4. Reichsberufswettkampf sei in den Vierjahresplan eingeschaltet, und da müsse jeder mittun, weil es um die Verwirklichung des deutschen Sozialismus und damit um die Zukunft Deutschlands gehe. Am Schluß seiner Ausführungen rief der Redner die Jugend zur freudigen Mitarbeit an dem bevorstehenden Leistungswettbewerb auf.

Bannführer van Oopen

wandte sich gleichfalls an die versammelte Jugend. Das deutsche Volk ist immer dann am stärksten gewesen, so etwa führte er aus, wenn die Not am größten war. Das haben wir im Weltkrieg erlebt, und das erleben wir auch wieder seit 1933, wo der Marxismus in der ganzen Welt im Nationalsozialismus seinen schärfsten Gegner erblickt, wo sich internationales Judentum, Hochfinanz und Kapital gegen Deutschland zusammengeschlossen und den wirtschaftlichen Boykott über uns verhängt haben, um Deutschland wieder in die Knie zu zwingen. Der Führer hat den Kampf aufgenommen, und die deutsche Jugend stellt sich begeistert hinter den Führer, sie ist bereit, ihm mit ihrer ganzen Arbeitskraft in diesem schweren Kampf zu helfen, in dem es gilt, die deutsche Wirtschaft unabhängig zu machen vom Ausland. Deutsche Arbeitsfront und Hitler-Jugend sind ein Werk des Führers und gehen den gleichen Weg: die DAF. hat die berufliche Ausbildung der Jugend übernommen, und die HJ. will die Jugend geistig, sittlich und körperlich stark machen. Beide setzen alles daran, daß das Werk des Führers gelingt, jeder trägt seinen Teil dazu bei, und es wird gelingen.

Reichsberufswettkampf heißt Kampf, Streben, um der Beste zu sein. Wir Bocholter Jungen und Mädel können genau so viel wie die Jugend in den übrigen deutschen Landen. Jeder einzelne muß danach streben, der Beste im Kreise zu sein, um dann in den Ausscheidungskampf des Gaues oder gar des Reiches zu kommen. Wir wollen Optimisten sein. Darum heran ans Werk!

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Bannführer noch, daß die Teilnahme am Reichsberufswettkampf im ureigensten Interesse eines jeden einzelnen Jungen oder Mädel liege. Denn die heutige Jugend sei in einigen Jahren die Generation, die den Staat trage, die dann die Konkurrenz des Auslandes durch Leistung überbieten müsse, um das Gespenst der Arbeitslosigkeit für immer aus deutschen Landen zu bannen.

Kreisjugendwalter Heveling dankte beiden Rednern für ihre richtungweisenden Worte und ermahnte die anwesenden Jugendlichen, die Ausführungen zu beherzigen, worauf die Kundgebung mit dem Siegheil und dem Gesang der ersten Strophe des Liedes „Vorwärts, vorwärts" hoffnungsfroh ausklang; denn

„Ist das Ziel auch noch so hoch,
Jugend zwingt es doch!"

Neuer Führer der Kriegerkameradschaft Rhede.

Kamerad Heinrich Belting einstimmig gewählt.

f. **Rhede**, 14. Februar.

Infolge Rücktritts des bisherigen Vereinsführers A. Tangerding tagte die Kriegerkameradschaft Rhede im Saale Rößing am gestrigen Sonntag zu einer außerordentlichen Generalversammlung, die einen recht guten Besuch aufzuweisen hatte.

Schriftwart Bölting

nahm die Begrüßung der erschienenen Kameraden vor und gab hierauf das Huldigungstelegramm des Reichskriegerbundes an den Führer des Reiches anläßlich des vierten Jahrestages der nationalen Erhebung am 30. Januar bekannt. Nach Bekanntgabe weitere Mitteilungen der Reichsbundesführung wurde der in treuer Diensterfüllung gefallenen Seehelden des Versuchsbootes „Welle" sowie der zahlreichen Opfer, die das stürmische Wetter der letzten Wochen von unserer Kriegsmarine forderte, in ehrender Weise gedacht. Die Ernennung des Kassenprüfungsausschusses ging schnell von statten. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen des Beirates einverstanden und wählte die Kameraden Wilhelm Tewocht und Karl Becker zu Rechnungsprüfern. Im Mittelpunkt der Generalversammlung stand aber

die Neuwahl des Kameradschaftsführers.

Hierzu nahm zunächst Schriftwart Bölting das Wort, um dem bisherigen Vereinsführer Alois Tangerding für seine Dienste als Führer der Kameradschaft Rhede seinen herzlichen Dank auszusprechen. Seit dem Jahre 1924 habe der Genannte mit großer Umsicht die Geschicke der Kriegerkameraden in Rhede geleitet und keine Mühen und Opfer gescheut, die Belange der Kameradschaft kraftvoll zu vertreten. Hierfür sei ihm ein stetes Gedenken in der Kameradschaft sicher. Für die nun folgende Neuwahl hatte der Beirat die Kameraden Heinrich Belting (Rhede), W. Etzing (Vardinghoft) und Th. Wanning (Rhede) in Vorschlag gebracht. Aus beruflichen Rücksichten lehnten die beiden letztgenannten ihre Kandidatur ab. Aus der Versammlung heraus wurden keine weiteren Vorschläge gemacht. Bei der Wahl zeigte sich der einmütige Geist, der innerhalb der Rheder Kriegerkameradschaft herrscht; denn der bisherige Pressewart

Heinrich Belting wurde einstimmig zum neuen Kameradschaftsführer gewählt.

Der neue Kameradschaftsführer nahm hierauf das Wort, um zunächst für das Vertrauen der Mitglieder, das ihn auf einen so verantwortungsvollen Posten berufen habe, zu danken. Seine Aufgabe werde es sein, so führte er weiter aus, sein Amt im Sinne eines echten Kameradschaftsgeistes auszuüben. Hierbei könne er nicht auf die freudige Mitarbeit aller Mitglieder verzichten, denn nur so sei es möglich, das Leben innerhalb Kameradschaft so zu gestalten, wie es der wahre und echte Frontsoldaten- und Kameradschaftsgeist erfordere. Alle persönlichen Interessen müsse jeder ausschalten, und an deren Stelle Opferfreudigkeit und Kameradschaft setzen. In ehrender Weise erhoben sich darauf die Kameraden, um den gefallenen Helden einige Augenblicke stillen Gedenkens zu widmen.

Oberst Eißing

unterstrich die Ausführungen des neuen Kameradschaftsführers und forderte die Kameraden auf mitzuarbeiten und besonders auch bei der in absehbarer Zeit stattfindenden neuen Werbeaktion tatkräftig mitzuhelfen.

Im weiteren Verlauf gab Schriftwart Bölting einige Neuregelungen für die Sterbekasse bekannt, die von der Versammlung gutgeheißen wurden.

Fahnenweihe im Soldatenbund.

Ein Markstein in der Geschichte der Bocholter Kameradschaft.

§ **Bocholt**, 15. Februar.

Die Kameradschaft Bocholt des Soldatenbundes, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens einen recht erfreulichen Aufstieg zu verzeichnen hat, hatte gestern einen großen Tag. Wurde doch ihrer Fahne die Weihe gegeben, jenem Symbol, hinter dem die Kameraden sich in Zukunft noch enger zusammenscharen werden, als es bisher schon der Fall war.

Die eigentliche Fahnenweihe

fand am Vormittag in Münster statt. Eine starke Abordnung der Bocholter Kameradschaft fuhr mit der noch verhüllten Fahne im Omnibus zur Provinzialhauptstadt. Im Hof der ehemaligen Kürassierkaserne fand man sich mit den Abordnungen sechs weiterer Kameradschaften aus dem Münsterland ein. Hier hatten auch Abordnungen der Wehrmacht und der Partei Aufstellung genommen. Unter den Ehrengästen bemerkte man Reichsstatthalter und Gauleiter Dr. Meyer sowie den Kommandierenden General von Kluge. Graf Schmiesing-Korff hielt die Begrüßungsansprache, worauf Bundesgruppenführer Generalmajor Kloebe die Weihe der Fahnen mit dem Degen vornahm. Die Schlußansprache hielt der Kommandierende General von Kluge, der die Bedeutung und Aufgabe des Soldatenbundes ins rechte Licht stellte. Mit einem Marsch durch die Straßen Münsters und der Abnahme der Parade auf dem Domplatz nahm der Festakt in der Provinzialhauptstadt sein Ende.

Pünktlich wie angekündigt traf gegen 16,30 Uhr der Omnibus mit der Abordnung der Bocholter Kameradschaft und der neu geweihten Fahne auf der Münsterstraße an der Reichsbank ein, wo sich die übrigen Kameraden sowie eine große Menschenmenge zum Empfang der Fahne eingefunden hatten. Nachdem Wehrbezirkskommandeur von Papen (Recklinghausen), ein Verwandter eds deutschen Gesandten in Wien, in Begleitung seines Adjutanten Hauptmann Wolter sowie des Hauptmanns Großmann die Front abgeschritten hatte, marschierte die Kameradschaft unter Verantritt der Kriegerkapelle durch Bismarck-, Bahnhof- und Kaiser-Wilhelm-Straße zum Horst-Wessel-Platz, wo man

im strammen Paradeschritt

vor dem Wehrbezirkskommandeur und seiner Begleitung defilierte. Das war ein Parademarsch, wie ihn nur Berufssoldaten „kloppen" können! Nach einem kurzen Marsch durch die Straßen der Altstadt, wird am Kriegerdenkmal einen Augenblick Halt gemacht. Mit der Front zum Ehrenmal nimmt die Kameradschaft Aufstellung. Kameradschaftsführer Enk kommandiert Stillgestanden! Und während die Kapelle das Lied vom guten Kameraden intoniert und die Arme der zahlreichen Zuschauer sich zum Gruß emporrecken, legt eine Abordnung der Kameradschaft den Gefallenen des Weltkrieges und der Bewegung einen Lorbeerkranz nieder. So vergilt der Soldatenbund Treue um Treue! Wieder Trommelwirbel und weiter geht es unter schneidigen Marschklängen die Nordallee hinauf zur „Kronenburg", wo der Zug sich auflöst.

Am Abend klang der denkwürdige Festtag mit einer Weihestunde in der Kronenburg aus, an der auch Major von Papen teilnahm und die ihren Höhepunkt in der Vereidigung der Kameraden fand. Wir werden hierauf noch zurückkommen.

Vereins-Gerätemannschaftskampf im Unterkreis Bocholt-Borken.

Der Sieg ging nach Stadtlohn, Rhede Zweiter.

(:) **Bocholt**, 15. Februar.

Am gestrigen Nachmittag wurden im Vereinslokal Kortenhorn unter der Leitung des Turnvereins „Phönix" die diesjährigen Vereinsmannschaftskämpfe des Unterkreises Bocholt-Borken durchgeführt, die neuerdings im Reichsbund für Leibesübungen als Rundenkämpfe ausgetragen werden. Wenn es dem Turnverein Rhede dieses Jahr auch nicht gelang, den Meistertitel zu erringen — denn Stadtlohn erreichte insgesamt 7 Punkte mehr —, so wurden doch von ihm wie auch von den anderen Vereinen gute Leistungen gezeigt. Bei der Wertung der Resultate der beiden Bocholter Vereine darf man nicht übersehen, daß beide Vereine nicht ihre erste Mannschaft zum Kampf stellten, sondern der Turnverein „Phönix" die vierte und der Turnverein Bocholt die erste Jugendriege. Beide Vereine werden mit ihrer zweiten bezw. ersten Mannschaft in dem am Sonntag, dem 28. Februar, ebenfalls in Bocholt zum Austrag kommenden Kreis-Mannschaftskampf ihre Stärke zu beweisen haben.

Zu Beginn begrüßte der Vereinsführer des die Durchführung der Kämpfe besorgenden Turnvereins „Phönix",

Kamerad Wellmann,

die Turner und Gäste und betonte, daß nicht jeder Meister werden könne, aber ein jeder mitarbeiten könne und müsse am Aufbau des deutschen Vaterlandes. Hierauf begannen unter der Leitung des Unterkreisturnwarts Heisterkamp (Bocholt) die Kämpfe, die aus je einer Pflichtübung am Langpferd, Querpferd, Barren und Reck und aus einer Pflichtfreiübung bestanden, an die sich noch eine Kürübung an den einzelnen Geräten anschloß. Sämtliche Uebungen wurden reibungslos und ohne Unfall erledigt, wobei, wie schon erwähnt, gute Leistungen gezeigt wurden, die von einer verantwortungsbewußten und fleißigen Arbeit in den Vereinen Zeugnis ablegten.

Sieger wurde der Turnverein Stadtlohn mit 506 Punkten, zweiter der Turnverein Rhede mit 499 Punkten. Beide Vereine rücken damit in die Kreisklasse auf bezw. verbleiben darin. Die weiteren Resultate sind: Turnverein Borken 479 Punkte, Turnverein „Phönix" Bocholt 472¼ Punkte, Turnverein Gescher 467 Punkte, Turnverein Bocholt 460 Punkte.

Die Mannschaften der heimischen Vereine bestanden aus folgenden Turnkameraden: Turnverein Rhede: Hovestädt, Steverding, Hörning, Niehaus; Turnverein „Phönix" Bocholt: Woltring, Abel, Dicker, Sahlmann; Turnverein Bocholt: Pohle, Drewello, Ludwig, Kreutzer.

Nach Beendigung der Kämpfe richtete

Kreissportwart Hermes (Billerbeck),

der inzwischen eingetroffen war, das Wort an die Turner, wobei er die Neuregelung der Mannschaftskämpfe als ein Mittel pries, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken. Die Turner sollten bei diesen Kämpfen nicht für sich selbst, sondern für den Verein, für die Gemeinschaft streiten, als deren höchste Verkörperung der Reichsbund für Leibesübungen anzusehen sei. Darauf ziele auch das im Laufe dieses Jahres in Coesfeld stattfindende Kreisfest ab, und er hoffe, daß alle Vereine recht eifrig zu Werke gingen, damit dieses Fest auch werde ein getreuer Spiegel des ganzen Reichsbundes.

Nach einem Dank an die Turner und den ausrichtenden Verein übergab er der siegreichen Mannschaft die schlichten Eichenkränze. Die weiter teilnehmenden Mannschaften erhalten noch eine Ehrenurkunde.

Nach einem kurzen Schlußwort schloß er die Veranstaltung mit einem Siegheil auf den Führer und Kanzler, an das sich der gemeinsame Gesang der Nationalhymnen anschloß.

Generalversammlung des BWV. 1920.

Jahresrückschau der Wassersportler.

(:) **Bocholt**, 15. Februar.

Am Samstagabend hielt der Bocholter Wassersportverein e. V. 1920 im Vereinslokal Langenhoff seine diesjährige Hauptversammlung ab, in der Rechenschaft über das verflossene Vereinsjahr, das sowohl in sportlicher wie auch in finanzieller Hinsicht so große Erfolge brachte, gegeben wurde. Einleitend gab

Vereinsführer Großwiele

eine kurze Uebersicht über den Ablauf des Jahres, wobei er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß es im Verein ständig bergauf gehe. Bemerkenswert sei vor allem in finanzieller Hinsicht, daß es gelungen sei, im letzten Jahr die Schuldenlast um fast 4000 RM. zu senken. Er wies dann hin auf eine Reihe von Arbeiten, die das Jahr 1937 dem Verein stelle. So seien vor allem Erneuerungsarbeiten an der Startbrücke und an den Umkleideräumen vorzunehmen, auch der Ankauf eines Grundstücks zur Erweiterung der Liegewiese sei geplant.

Anschließend gab

Schriftwart Rips

nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung den offiziellen Jahresbericht, in dem die außerordentlichen Erfolge des Vereins sich nochmals spiegelten. Vor allem wies er auch auf die Aufwärtsentwicklung der Mitgliederbewegung hin, deren Zahl von 570 einschließlich der Badekarteninhaber die Zahl des Vorjahres weit übertreffe.

Sportwart Luer

konnte in seinem Sportbericht über die vielen Siege der Mannschaften berichten, die im Jahre 1936 für die Farben des Vereins errungen wurden. Hierunter leuchtet hervor die drittmalige Erringung der Westfalenmeisterschaft im Wasserball, die auch durch den Oberbürgermeister unserer Stadt gelegentlich eines Empfangs der Siegermannschaft mit Ueberreichung der Ehrengabe der Stadt Bocholt gebührend anerkannt wurde. Bei den am 28. Juni in Bielefeld ausgetragenen Westf. Gaumeisterschaften im Schwimmen wurde der Verein Gaumeister 1936 für VoW. über 4 mal 100 m Kraulschwimmen, wobei eine Zeit von 4,54,8 erreicht wurde. Bei den Verbandswettkämpfen, die am 23. August zum Austrag kamen, kam der Verein wiederum mit 338,8 Punkten in die Führung und erlangte damit den 1. Platz für VoW. in Westfalen und den 10. Platz im DSV. Aber auch die vielen kleineren Klub- und Turnierveranstaltungen sahen den Verein erfolgreich, so daß der Verein mit den Erfolgen seiner Sportmannschaft sehr wohl zufrieden sein darf.

Nachdem noch Kassenwart Bester den Kassenbericht vorgelegt hatte und dieser genehmigt war, wobei die Kassenprüfer auf die außerordentlich saubere und exakte Kassenführung hingewiesen hatten, legte der Gesamtvorstand satzungsgemäß seinen Posten nieder. Schwimmkamerad Schmidt übernahm hierauf die Neuwahl des Vereinsführers. Er stattete zunächst dem bisherigen Vereinsführer Großwiele und seinen Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit den Dank der Mitglieder ab und empfahl seine Wiederwahl. Diese wurde einstimmig vorgenommen.

Hierauf konnte in die Behandlung der

Fragen des neuen Jahres

eingetreten werden. Der Kassierer gab einen Ueberblick über den Haushaltsvoranschlag 1937, in dem vor allem die Kosten für die Erneuerungsarbeiten bemerkenswert waren. Da sie aber unbedingt erforderlich sind, erklärte sich die Versammlung damit einverstanden. Vereinsführer Großwiele bat noch um die Vollmacht zum Ankauf eines angrenzenden Grundstücks, um auf diese Weise die Liegewiese bedeutend vergrößern und auch verbessern zu können, sie wurde ihm einstimmig erteilt. Nach einer kleinen Pause hielt

Dietwart Bennemann

den ersten Dietvortrag. Er erläuterte in klaren Worten, was Dietarbeit ist, und bat alle Mitglieder am eifrige Mitarbeit, damit diese in den DRL als Pflichtfach eingeführte Volkstumsarbeit auch einen rechten Erfolg habe. Da der Monat Februar nun einmal im Zeichen des Humors stehe, brachte er hierauf die prächtige plattdeutsche Erzählung „Jans Baumenkamps Höllenfahrt" von Karl Wagenfeld zur Verlesung, die viel Heiterkeit auslöste.

Nachdem noch einige interne Vereinsfragen geklärt waren, schloß der Vereinsführer mit einem Siegheil auf den Führer die in voller Einmütigkeit verlaufene Versammlung.

Wer täglich liest sein Heimatblatt, an alle Welt stets Anschluß hat.

Husten? Katarrh? Heiserkeit? Verschleimung?

Überraschend gut wirkt **Melrosum** mit seinen, der Natur entnommenen Wirkstoffen. Zur Pflege der Luftwege leistet Melrosum vorzügliche Dienste.

FLASCHE 1.65 K.A. 1.—

Drogerie Voss
Bocholt, Osterstraße 43 (463k

Landwirtssohn, 23 Jahre **sucht Stellung** als Fuhr- oder Pferdeknecht. Näheres beim „Volksblatt".

Gebt dem heimischen Gewerbe Eure Aufträge!

Unsere Preise:

Naßwäsche	25 Pfd. Mk. 3.-	1 Pfd.	-.12
Trocken „	20 Pfd. Mk. 3.-	1 Pfd.	-.15
Mangelwäsche		1 Pfd.	-.18
Mangelwäsche mit nachbügeln		1 Pfd.	-.20

Dampfwäscherei u. Plätterei Scharmann
Bocholt, Tel. 2420 oder Mitteilung durch Postkarte.

Reklame hat Erfolg!